

## Narren oder Brandstifter? Über Evaluation und Kulturimperialismus<sup>1</sup>

Überall in Europa bereitet die Evaluation universitärer Forschung Probleme. Wer das Gegenteil behauptet, lügt, oder er kennt sich nicht aus. Ob Evaluation wirklich nötig ist, wird derzeit kaum diskutiert, obwohl sie enormen Aufwand erzeugt – auf Kosten der Forschung und der Lehre. Schlimmer als Unnötiges aber ist Schädliches.

Und schädlich ist es, wenn Wissenschaft manipuliert oder behindert wird, sodass sie sich nicht mehr entfalten kann. Wissenschaft funktioniert nur aus der individuellen Initiative von Wissenschaftlern und in der jeweils speziellen Tradition einer Wissenschaftskultur; Innovation und Vernetzung entstehen spontan, wenn Wissenschaftler die Fragen bearbeiten können, die sie interessieren. Wer bürokratische Formen der Vernetzung verlangt, bekommt keine Innovation. Dennoch sind standardisierte Formen der Überprüfung international und gesamtgesellschaftlich in Mode, aus bekannten Gründen und sicher noch für eine gewisse Zeit. Sie schaffen die Illusion quantitativer Vergleichbarkeit oder gar von Objektivität; sie bringen eine Heerschar von Bürokraten und Ideologen in Arbeit und Brot; und sie erleichtern den gestaltenden oder auch manipulativen Zugriff von Politik, Bürokratie und Ökonomie auf die Gesellschaft.

Zwar wird der Protest immer lauter. Das betrifft etwa die „Bewertung“ von Forschung nach „bibliometrischen Methoden“. Denn es ist offenkundig, dass dadurch nicht die Qualität steigt, sondern nur die Macht der Personen und Unternehmen, die den Zugang zu bestimmten Journals kontrollieren; weiterhin diejenige derer, die Zugang haben und Zitate als Tauschware gegen Gegenzitate anbieten können. Dass *peer review* weder solche Praktiken noch die Publikation unbrauchbarer Texte verhindert, weiß man mittlerweile sogar aus so „harten“ Fächern wie der medizinischen Forschung. Wohl aber entsteht ein Konformitätsdruck, der neue Themen und Ansätze unterdrückt. Gleiches gilt für die internationalen Universitätsrankings, deren Methoden teils undurchsichtig, teils sachwidrig sind und die jedenfalls die Universitäten bestimmter Länder oder Fachrichtungen gezielt begünstigen. Das zeigt sich an einem so schlichten Kriterium wie der Zahl der Nobelpreise: Diese gehen notwendigerweise primär

---

<sup>1</sup> Erscheint parallel in der Revista Electrónica de Direito (RED) der Universidade do Porto, <http://www.cije.up.pt/revistared>. Übersetzung ins Portugiesische: Dr. Tiago Azevedo Ramalho, Porto. Der Verfasser gehört dem Wissenschaftlichen Beirat des im Artikel erwähnten portugiesischen Universitätsinstituts an.

in die Naturwissenschaften und dort an Institute, die bereits viel Geld für Apparate und Personal haben; damit mehrheitlich in den englischsprachigen Raum. Die Folgen des Rankings treffen aber ebenso stark beispielweise die Philosophische Fakultät einer kleinen italienischsprachigen Universität, ganz gleich, wie gut diese wirklich forscht und lehrt. Wenn dort mehr Personen Altgriechisch lesen können als in einem ganzen Bundesstaat der USA und wenn diese Personen damit sozusagen die Seele Europas bewahren, prosaischer gesprochen: Europas geistige Ressourcen aktuell halten, dann nützt das der kleinen Universität im Ranking nichts. Es geht also um Interessen, um einen ökonomisch motivierten Kulturimperialismus.

Aber die Politik will das Instrument der Evaluation nicht aufgeben und reagiert auf Kritik allenfalls mit dem Versprechen, das System werde „optimiert“. Optimieren kann man freilich nur Gutes. Dass der Grundfehler in der aberwitzigen Idee liegen könnte, Wissenschaft lasse sich überhaupt zuverlässig bewerten, und das auch noch quantitativ, ist derzeit kein politisch korrektes Argument. Derzeit, denn kein Kundiger erwartet, dass die Zeit der Evaluationen ewig dauern wird. Alles kehrt sich früher oder später um, und dann wird niemand verantwortlich gewesen sein wollen.

Wichtig ist nun, dass bis zu einer solchen Besinnung nicht das zerschlagen wird, was angeblich verbessert werden soll, zum Beispiel Wissenschaft. Evaluationssysteme lassen sich mehr oder weniger differenziert einrichten und mit mehr oder weniger geeigneten Personen durchführen. Es gibt durchaus Beispiele von Evaluationen, denen es tatsächlich gelungen ist, aus Kenntnis der jeweiligen Fachkultur gewisse Mängel aufzudecken. Es gibt aber auch eine Evaluation mit der Planierraupe, durch die Fachkulturen frontal angegriffen werden.

In solchen Fällen muss man fragen, welche Interessen dahinter stehen: Soll eine bestimmte Forschungsrichtung eliminiert werden? Eine bestimmte Methode? Ein bestimmtes Fach? Eine bestimmte nationale Wissenschaftskultur? Und: Wer hat eigentlich Interesse am Evaluieren? In Deutschland und Italien, nur für diese zwei Länder kann ich sprechen, lohnt sich das Evaluieren für die beteiligten Hochschullehrer finanziell nicht. Man ist also entweder Idealist, weil man glaubt, Schlimmeres verhindern zu können; oder man ist ein Narr; oder ein Mittäter an Taten, deren Tragweite man durchaus erkannt hat.

Ein Beispiel mag das Gesagte verdeutlichen. Über ein führendes portugiesisches Forschungsinstitut in den Rechtswissenschaften wurde jüngst

von einer international zusammengesetzten, mehrheitlich fachfremden Kommission folgende Bewertung abgegeben: „The innovators (...) have embarked on a path to modernize the study and research of law by shifting research away from dry doctrinal approaches to ‚the law in action‘ paradigm (...). It showed a mature choice by (Name des Instituts) to select and focus on only a few themes which are prominent in contemporary society and which raise important legal questions to which they [sic] want to devote themselves.“  
Betäublich fanden die Autoren des Textes es freilich, dass einer „prominence in Portuguese legal publications“ nur eine „modest and uneven presence in peer-reviewed international journals“ gegenüberstehe. Deswegen werden die Evaluierten an den Ohren gezogen: „(...) members need to be able to demonstrate through peer-reviewed publications at the next periodic assessment that they have successfully transitioned from doctrinal to law in context scholars“.

Na endlich, der neue Mensch. Ob die portugiesische Praxis ihn braucht, also die Richter und Verwaltungsbeamten, Anwälte und Notare, die Tag für Tag praktische Fälle system- und sachgerecht zu erledigen haben, interessiert offenbar nicht. Und warum lesen eigentlich Ausländer wie der Verfasser dieser Zeilen, der auch (unter anderem) „trockene Dogmatik“ pflegt (so wie fast jeder Jurist in Europa), seit Jahrzehnten portugiesische Texte? Die Kommission fragt sich das nicht, denn sie ist anscheinend davon überzeugt, dass weniger Dogmatik den „productive structures“ (sic) gut tun werde, etwa durch „training of legal practitioners“. Die finden *law in context* statt Dogmatik bestimmt ganz toll.

Man fasst sich an den Kopf. Wer hat dieser offenkundig so lebensfremden wie voreingenommenen Kommission erlaubt zu bewerten, was methodisch und sachlich, aktuell und auf lange Sicht sinnvoll ist und was nicht? In welches Schema soll portugiesische Wissenschaft hier gepresst werden? Und was qualifiziert Evaluatoren dazu, ihre Meinung – selbst wenn sie zuträfe – in derart überheblicher Weise zu äußern?

Dem Vernehmen nach verfügt keiner der Herren, die diese Sätze schrieben, auch nur über die Ausbildung, die ihn dazu befähigte, einen schlichten Kaufvertragsfall nach portugiesischem Recht zu lösen. (Dogmatik ist natürlich trocken, wenn man die Materie nicht kennt.) Aber anderen den Weg weisen können sie. Vielleicht sollten sie erst einmal genau hinschauen und lernen: Als in vielen Ländern Europas auch Gebildete nur in seltenen Fällen mehr als eine Fremdsprache beherrschten, schrieben portugiesische Privatrechtler (nicht nur wenige Rechtsvergleicher) schon vielhundertseitige Abhandlungen, von denen stets größere Abschnitte das französische, englische, deutsche ... Recht

behandelten. Sie erfassten solcherart die Rechtsprobleme von vielen Seiten; und bis heute arbeiten Schüler ihrer Schüler so. Bücher von solcher Präzision, Dichte und Tiefe – *alta tecnologia* eben – habe ich nur in wenigen Ländern Europas getroffen.

Und Europa braucht diese Art von Grundlagenforschung. Sie ist das notwendige Fundament für konkrete Gesetzgebungsprojekte, aber auch für intelligente Rechtsanwendung im konkreten Fall. Wo es an solchen Fundamenten bei denen fehlt, die europäisches Recht entwickeln und anwenden, da leidet die Qualität und am Ende die Akzeptanz dieses Rechts. Berechnen kann man solche Kausalitäten und den ökonomischen Wert von Akzeptanz nicht; fällt sie aber weg, wird es unermesslich teuer. Europa ist auch deshalb in der Krise, weil manche ökonomische Erwägung wohl zu kurz gesprungen ist.

Bücher aber liest der Evaluator gar nicht gern, falls er Rechtstexte überhaupt versteht. Er denkt auch nicht über nicht Messbares nach. Dafür hat er gar keine Zeit. Er liest lieber Kurztex te in *referred journals*, am liebsten auf Englisch oder in einer Sprache, die er für Englisch hält; auch dann, wenn es nicht um *common law*, sondern um kontinentales und/oder Unionsrecht geht; und weil die *journals referred* sind, müssen die Texte ja gut sein. *Sancta simplicitas*. Vermutlich liegt das Problem des Evaluators darin, dass er von Rechtsfragen wenig versteht; dass er zum Beispiel nicht weiß, was Dogmatik ist, nämlich ein rationaler und sicherer Weg vom Gesetzestext zu konsensfähigen Lösungen – und nicht, wie ein in den Vereinigten Staaten fortbestehendes Zerrbild es will, lebensfremder Umgang mit Recht. (Dieses Bild von Dogmatik hat selbst eine geschichtliche Wurzel, und zwar im Europa der Zeit um 1900. In Europa haben wir es aber überwunden, so wie wir Fallrechte überwunden und Gesetze geschaffen haben.)

Vielleicht hat der Evaluator aber gar kein Problem, vielleicht ist er das Problem – er oder die, deren Spiel er bewusst oder unbewusst spielt. Manche Brandstifter sind verrückt; andere können sehr gut rechnen. Wenn in ganz Europa nur noch ein weichgespültes *law in context* im Stile drittklassiger englischer oder US-Universitäten stattfindet, dann wird natürlich mancher Jurist sich nach den erstklassigen orientieren. Denn diese sind wirklich gut – auf ihre Weise und für ihren Kontext, das *common law*. In diesem Kontext müssen sie sich mit Rechtsprechung und generell mit praktischen Fragen auch nicht so auseinandersetzen, wie eine gute kontinentaleuropäische Universität das selbstverständlich muss. Für die Vorbereitung auf das *bar exam* zählt der Student nochmals und an andere. Soll das ein Modell sein?

Wenn man dem kontinentalen Europa seine Dogmatik und seine Kultur nimmt, seine Geschichte und Philosophie, aber auch seine eigene Art, Ökonomie und Soziologie in juristische Arbeit zu integrieren, dann wird es kaum noch erstklassige kontinentale Universitäten geben. So entsteht kulturelle Hegemonie. Nicht im fairen Wettbewerb, sondern unter Ausnutzung der ökonomischen Zwangslage, in der sich viele europäische Staaten heute befinden. Eine Hegemonie der intellektuell schwächeren, fragwürdig ökonomisierenden, aber politisch stärkeren Rechtskultur.

Das kann wollen, wer will. Ein Heidelberger Jurist wie der Verfasser dieser Zeilen wird es im Zweifel nicht wollen. Die Regierung der Republik Portugal, Hüterin einer großen Rechtstradition, darf es nicht wollen, will sie ihr Land nicht verraten. Vieles in Portugal war sicher reformbedürftig, und Portugal reformiert – mit erkennbarem Erfolg. Reform heißt aber Entwicklung und nicht Zerstörung der eigenen Stärken. Die Menschen, die das oben zitierte Evaluationsurteil abgegeben haben, haben Portugal keinen guten Dienst getan. Ihnen und ihresgleichen kann und muss Portugal das Handwerk legen.

Ein erster Schritt wäre der, nur fachlich hinreichend qualifizierte Evaluatoren zu bestellen und von diesen Berichte in portugiesischer Sprache zu verlangen – einfach um ein Minimum an Sachkenntnis sicherzustellen. Und für diesen wie alle weiteren Schritte sei vermerkt: Es gibt europarechtlich keine Verpflichtung, überhaupt irgendeine Art von Evaluation durchzuführen; es gibt erst Recht keine Verpflichtung zu dem derzeit praktizierten pseudo-internationalen und pseudo-wissenschaftlichen Verfahren.

Portugal hat Grund zum Selbstbewusstsein. Die Zeit arbeitet für die portugiesische Wissenschaft, eben deshalb, weil Sprachfragen Machtfragen sind. Portugiesisch ist eine bedeutende Sprache in Übersee, vor allem in Lateinamerika. Überdies wird mit hoher Wahrscheinlichkeit alsbald Spanisch zumindest die zweite Leitsprache des Westens sein. Dann wird jeder Portugiesisch lesen können. Damit werden die Schätze der portugiesischen Rechtskultur allen Gebildeten zugänglich sein. Das gilt, ohne dass Portugal und Brasilien ihre Eigenheiten gegenüber dem *mundo de habla hispana* aufgeben, ohne dass eine unhistorische „gesamtiberische“ Kultur postuliert würde, ohne dass man von 1640 nach 1580 zurückginge.

Wird aber die heutige Elite Portugals die Tatkraft besitzen, diese Kultur, Dokument traditioneller Weltoffenheit und Tiefe, aber auch dogmatischer Präzision, noch über eine Generation zu tragen und fortzuentwickeln? Ist es zu viel verlangt, eine Generation lang einfach selbstbewusst auf dem aufzubauen,

was man hat, auch wenn Narren oder Brandstifter es nicht verstehen? Politik vermag ihren Kurs nicht immer leicht zu korrigieren. Aber die juristische Praxis kann der Politik bei solchen Korrekturen helfen, indem sie den Skandal beim Namen nennt und im eigenen Interesse dafür sorgt, dass auch die nächste Generation portugiesischer Juristen umfassend juristisch ausgebildet wird.

Christian Baldus

Christian Baldus lehrt Bürgerliches Recht und Römisches Recht, Europarecht und Rechtsvergleichung in Heidelberg, wo er auch Dekan der Juristischen Fakultät war. Er ist 2. Vorsitzender der Deutsch-Lusitanischen Juristenvereinigung und Mitherausgeber der Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union (GPR), berät im Bereich europäischer Gesetzgebungsprojekte und war *commissario OCSE* in der italienischen *Abilitazione Scientifica Nazionale*. Zur juristischen Aus- und Fortbildung hat er in neuerer Zeit u.a. publiziert: mit *Thomas Finkenauer* und *Thomas Rüfner* „Bologna und das Rechtsstudium. Fortschritte und Rückschritte der europäischen Juristenausbildung“ (Tübingen 2011); im *Anuario de Derecho Civil* (Madrid) 66 (2013) 5-26: El informe del *Wissenschaftsrat* „Perspectivas de la ciencia jurídica en Alemania“.